

Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW

Nach Gesprächen mit führenden Genossen der SEW sowie einem Informationsaufenthalt in Westberlin (vom 9. - 13. Dezember 1975), bei dem ich den Kreisvorstand der SEW in Spandau, die Redaktion der Zeitung „Die Wahrheit“, den Stadtvorstand der FDJW besuchte und mit den Vorsitzenden der SEW-Hochschulgruppen an der Freien Universität und der Technischen Universität zusammentraf, zeigt sich folgendes Bild der Entwicklung der SEW

1. Die im März 1975 beschlossene und auf der Funktionärkonferenz am 5. April der Partei vermittelten Linie der konkreteren Hinwendung auf die aktive Vertretung der sozialen und politischen Interessen der Werktätigen der Stadt, auf die kontinuierliche Behandlung innen- und kommunalpolitischer Fragen, auf eine zielgerichtete massenpolitische Arbeit hat zu positiven Veränderungen in der Arbeit der Partei geführt.

Das zeigt sich in vielerlei Hinsicht. Im Kreis Spandau (mit einer Bevölkerung von 214 000 Einwohnern) konzentriert sich die Partei vor allem auf drei Schwerpunkte: die Siemens-AG als größten Betrieb Westberlins, das Neubauviertel Falkenhagener Feld sowie auf die Betriebsgruppe Gesundheitswesen. (Es gibt in Spandau 9 Krankenhäuser bzw. -anstalten.)

Bei Siemens arbeiten jetzt 5 Parteigruppen (30 Genossen bei einer Belegschaft von rund 28 000). Monatlich erscheint die Betriebszeitung der Partei; für einzelne Werkteile werden je nach Bedarf Extrablätter herausgegeben, die zunehmende Beachtung finden. Die Berichterstattung in „Die Wahrheit“ über den Siemenskonzern konnte verbessert werden. Es ist bekannt, daß die Zeitung neuerdings von den sozialdemokratischen Betriebsräten dieses Betriebes regelmäßig gelesen wird.

Die soziale Situation der Siemensbelegschaft ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß in den zurückliegenden Jahren 10 000 Arbeitsplätze abgebaut wurden und weitere Entlassungen bevorstehen. Viele Siemensarbeiter haben Furcht vor Entlassungen, Es breitet sich die Enttäuschung darüber aus, daß selbst bei Siemens, wo man früher eine Lebensstellung zu haben glaubte, die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind.

Im Wohngebiet Falkenhagener Feld erscheint seit einiger Zeit eine Wohngebietszeitung der SEW, an der auch parteilose Bürger mitarbeiten. Der Kreisvorstand hat damit begonnen, den kommunalen Problemen von Spandau mehr Beachtung zu schenken, durch Flugblätter usw. auf Aktivitäten der Bezirksverordnetenversammlung, des Bezirksbürgermeisters und der Rathausparteien zu reagieren. Hauptprobleme der Bevölkerung sind die steigenden Mieten und Fahrpreise, ungenügende Einkaufsmöglichkeiten in Neubauvierteln, hohe Klassenfrequenzen an den Schulen, Schwierigkeiten in der gesundheitlichen Betreuung sowie jetzt der Fluglärm vom Flugplatz Tegel. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß die Wohnparteiorganisation im Falkenhagener Feld zum großen Teil aus älteren Genossen besteht. Im Unterschied zu anderen sind im Kreis Spandau ca. 43 Prozent aller Parteimitglieder über 60 Jahre alt.

Im Bereich Gesundheitswesen ist die Parteigruppe von drei auf über 23 angewachsen. Mehr als die Hälfte der Genossen haben gewerkschaftliche Wahlfunktionen inne.

Der Kreisvorstand bemüht sich, flexiblere Formen der Massennarbeit zu nutzen, so z.B. die Durchführung von Frühschoppen mit Arbeitskollegen und ihren Frauen, Filmmatinees, gesundheitspolitische Foren, insbesondere auch Informationsfahrten in die DDR. Nach Auskunft der Genossen handelt es sich jedoch hierbei um erste Beispiele einiger Parteiorganisationen, die noch nicht für die Gesamtarbeit der Partei charakteristisch sind.

Es wurde die Notwendigkeit erkannt, größere Aufmerksamkeit der Schulung und Erziehung der neuen, jungen Mitglieder zu schenken. Für viele junge Genossen, insbesondere junge Arbeiter,

kommt die Teilnahme an der Marxistischen Abendschule nicht infrage, weil der Weg ins Stadtzentrum zu weit und zu teuer und das Niveau der Vorträge und Seminare für sie zu anspruchsvoll ist. Im Kreis wurde damit begonnen, für Gruppenfunktionäre Wochenendschulungen durchzuführen. Der Kreisvorstand selber tagt regelmäßig. Die Sitzungen sind aber zumeist mit politisch-organisatorischen Fragen ausgefüllt. In viel zu geringem Maße findet eine Diskussion über politische Probleme und über die Argumentation für die Massenarbeit statt.

Was die ideologische Situation in der Partei angeht, so sind die Spandauer Genossen der Meinung, daß die Linie vom März 1975 zur Kenntnis genommen wurde und im allgemeinen Unterstützung findet. Bei einer Reihe Parteimitglieder zeigte sich jedoch nach wie vor tief verwurzeltes Sektierertum, wodurch der Kampf der Partei um Bündnisse mit anderen Kräften behindert wird. Bei neu aufgenommenen Mitgliedern gibt es vor allem Unverständnis gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, da viele der jungen Genossen aus der SPD oder aus sogenannten antiautoritären Gruppierungen zur Partei gekommen sind.

2. Im Gespräch mit leitenden Genossen der Zeitung der SEW „Die Wahrheit“ wurde sichtbar, daß auch sie bemüht sind, im Sinne der Beschlüsse des Parteivorstandes die Arbeit zu verbessern. So hat sich die Zahl der Beiträge über betriebliche Probleme sowie über innerstädtische Angelegenheiten spürbar vergrößert. Auch in der wirkungsvollen Darstellung des realen Sozialismus sind Fortschritte erkennbar.

In der Arbeit der Zeitung gibt es aber einige wichtige ungelöste Probleme. Das betrifft die offenbar nicht ausdiskutierte Frage, an wen sich die Zeitung eigentlich wenden soll. Das Problem des Verhältnisses von Parteizeitung und Massenzeitung ist in der Diskussion. Bei innenpolitischen Fragen fehlt es an zentralen Schwerpunkten und oftmals an einer klaren taktischen Linie, so daß die Behandlung dieser Themen in der Zeitung zufällig und wenig kontinuierlich ist. Fragen der Gewerkschaftspolitik werden unsystematisch behandelt. Das Mittel der massenwirksamen Reportage über soziale oder kommunale Vorgänge wird fast nicht genutzt. Die Behandlung außenpolitischer Probleme läßt ein klares Redaktionskonzept vermissen und auch die Gliederung der Zeitung bedarf der Überprüfung.

Hinzu kommt, daß die Struktur der Redaktion nach meinen eigenen Eindrücken völlig überlebt ist. Bei der Mehrzahl der Mitarbeiter, so wurde ich informiert, handele es sich um junge Genossen, die sich zwar große Mühe geben, denen es aber vielfach noch an politischer Erfahrung und journalistischer Fähigkeit mangelt. Bisher sind jedoch von der SEW Möglichkeiten der Ausbildung von Redakteuren in der DDR sowie der Konsultation über Fragen der Pressearbeit nicht in Anspruch genommen worden.

3. Die Genossen des Sekretariats des Stadtvorstandes der FDJW berichteten, daß sich der Jugendverband jetzt stärker auf die Lehrlinge, die jungen Arbeiter sowie die Schüler der Haupt- und Realschulen orientiert. Es wird das Ziel verfolgt, in größerem Umfange Schulgruppen zu bilden - an jenen Schulen, von denen die späteren Lehrlinge und Jungarbeiter kommen. Betriebsgruppen der FDJW gibt es insgesamt erst drei. In einigen Fällen ist es gelungen, in den städtischen Jugendfreizeitheimen Fuß zu fassen.

Im Vordergrund steht der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenabbau, für eine fortschrittliche Berufsausbildung. Die Genossen gehen mit Recht davon aus, daß diese Fragen auch in den kommenden Jahren im Mittelpunkt des Interesses der arbeitenden Jugend stehen werden.

Die Hauptkontrahenten der FDJW sind die der CDU nahestehende Schülerunion und maoistische Gruppen. Die Jungsozialisten der SPD versuchen, Schülergruppen zu bilden, haben aber bisher wenig Erfolg. Auch sind Bemühungen erkennbar, die Falken aufzuwerten. Zu den Falken bestehen jedoch Verbindungen und es zeigen sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Der Jugendverband hat ebenfalls Schritte unternommen, um seine Arbeit flexibler und interessanter zu gestalten, so durch Jugendfeten, Solidaritätsveranstaltungen, Kinderfeste, durch Programme des Kulturensembles der FDJW u.a.

In der Arbeit der FDJW gibt es jedoch ernsthafte Probleme, die dringend der gründlichen Beratung bedürfen. Obwohl die Veranstaltungen des Verbandes gut besucht sind, stagniert die Mitgliederentwicklung seit längerem. Trotz guter Ansätze in der Massenarbeit ist die Tätigkeit

vieler Gruppen noch zu eng angelegt. Die FDJW erscheint häufig weniger als Jugendorganisation, sondern mehr als Jugendabteilung der SEW. Mindestens 60 Prozent der Mitglieder der FDJW gehören zugleich der SEW an.

Große Schwierigkeiten gibt es bei der Festigung des Jugendverbandes, weil nach Auskunft der Genossen neugewählte Funktionäre sehr schnell für Funktionen in der Partei abgezogen werden. Selbst Kreissekretäre der FDJW sind zumeist nicht einmal zwei Jahre in ihrer Funktion. Obwohl es Bemühungen gibt, ist das Problem der Schulung der jungen Kader, die nicht der SEW angehören, bisher ungelöst.

Die Zeitung „Signal“ erscheint 6mal im Jahr. Ihre Auflage stagniert. Die Führung der FDJW ist der Meinung, daß die Zeitung ebenfalls breiter und jugendgemäßer gestaltet werden sollte.

Unter leitenden Funktionären der FDJW ist die Auffassung zu finden, daß auf die Dauer der gegenwärtige Name des Verbandes nicht günstig sei, da so die FDJW bei manchen Jugendlichen in Westberlin als ein Teil der Jugendorganisation der DDR erscheine.

4. Die Genossen der Hochschulparteigruppen der SEW an der FU und TU berichteten, daß die vom Westberliner Senat in Einklang mit der BRD ergriffenen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich in einer bisher nicht gekannten Weise die Hochschulangehörigen - Studenten, Assistenten und sonstige Beschäftigte - vor soziale Existenzprobleme stellen. Viele Studenten versuchen sich anzupassen, um irgendwie das Studium zu Ende führen zu können. Durch die Einschränkung der Forschung, die Reduzierung der Stellenpläne, die Senkung der Stipendien und den Abbau anderer Vergünstigungen reifen jedoch zugleich Voraussetzungen für Aktionen heran, bei denen sich noch deutlicher als bisher das Bündnis zwischen Studenten und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Hochschulen entwickeln kann. Noch nie waren z.B. Versammlungen der Gewerkschaft ÖTV an den Hochschulen so stark besucht wie jetzt.

Die Genossen verwiesen darauf, daß gegenwärtig Leute in Bewegung kommen, die bisher nicht aufgetreten sind. Das zeigte besonders deutlich die von der SEW initiierte Protestdemonstration gegen Berufsverbote am 3. Dezember 1975, an der sich über 10 000 Personen beteiligten, voran der Präsident der Technischen Universität Westberlins, Prof. Wittkowsky. Das ist umso bedeutsamer, als der Anlaß dafür die beabsichtigte Entlassung von 3 Assistenten war, die der SEW angehören. Erstmals hat sich der Bezirksvorstand Westberlin der Gewerkschaft ÖTV mit einer solchen Bewegung solidarisiert, ebenso die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften im DGB sowie die Angestelltengewerkschaft. Das ist nicht zuletzt das Verdienst jener SEW-Genossen, die inzwischen wichtige Positionen in der ÖTV und in der GEW errungen haben und dort eine kluge Bündnispolitik gegenüber sozialdemokratischen Kollegen durchführen.

Bei den zurückliegenden studentischen Fachbereichswahlen konnten die demokratischen Kräfte ihre Positionen stärken. Die Entwicklung der „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten“ (ADS) ist weiterhin positiv. Der Anteil von Genossen in diesen Aktionsgemeinschaften, die es an jeder Hochschule Westberlins gibt, schwankt zwischen 20 und 70 Prozent.

Zugleich zeigen sich in einigen Hochschulparteiorganisationen der SEW ernstzunehmende politische und ideologische Probleme. An der FU gibt es Schwierigkeiten bei der Leitung der Parteiorganisation, die aus ca. 600 Mitgliedern besteht und in 17 Sektionen aufgegliedert ist. Die jungen ehrenamtlichen Genossen in der Leitung dieser Parteiorganisation sind überfordert. Das umso mehr, als in einigen Parteigruppen verstärkte Schwankungen zutage treten. So bei den Juristen und Psychologen. Es werden Fragen des demokratischen Zentralismus debattiert. Von einigen Parteimitgliedern wurden Positionspapiere ausgearbeitet, mit denen die Parteiorganisation der Sektion beschäftigt und von der eigentlichen politischen Arbeit abgehalten wird.

Besonders gravierende ideologische Probleme sind seit längerem in der Parteiorganisation der Soziologen erkennbar. Nach Auskunft der leitenden Genossen stehen dort einige Parteimitglieder vollständig auf sozialdemokratischen Positionen. Sie haben aber wichtige studentische Funktionen inne und sind faktisch die Wortführer der gesamten Parteigruppe, die 30 Mitglieder zählt.

Aus dieser Parteiorganisation ist kürzlich an die Redaktion der Zeitung „Die Wahrheit“ ein Brief mit revisionistischen Forderungen gerichtet worden. Bei einigen Genossen der Sektion I der

Technischen Universität (Gesellschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Kultur) sind ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen.

Mein Eindruck war, daß man diese Vorgänge zwar mit Sorge registriert, vom Büro des Parteivorstandes aber noch nicht exakt festgelegt wurde, wie man in diesen Gruppen die gesunden Kräfte mobilisieren und die revisionistischen Auffassungen überwinden bzw. revisionistische Kräfte eliminieren will.

5. Zur Rolle maoistischer Gruppierungen wurde von den Genossen die Meinung vertreten, daß die sogenannte „KPD“ an Einfluß eingebüßt habe. Das völlige Einschwenken auf die Pekinger Linie der Lierung mit Strauß, die Unterstützung der NATO und ihrer Rüstungspolitik, der militante und grobe Antisowjetismus hätten in ihren eigenen Reihen zu Auseinandersetzungen geführt und stoße auch bei sonst antikommunistisch eingestellten Studenten auf Ablehnung. Nachdem an der FU die Anhänger der sogenannten „KPD“ eine Veranstaltung der Trotzisten mit Eisenstangen auseinandergeschlagen haben, sei der sogenannte „Kommunistische Studentenverband“ völlig isoliert. Bei den Fachbereichswahlen an der Technischen Universität konnte dieser maoistische Verband lediglich 35 Stimmen für sich verbuchen; er hat in den Fachbereichen sämtliche Positionen verloren. Immer mehr Studenten würden erkennen, daß die maoistischen Kräfte in Wirklichkeit nichts für die echten Interessen der Hochschulangehörigen übrig haben, während sich ihr Antisowjetismus bis zur Lächerlichkeit gesteigert hat.

Auch die Genossen der FDJW berichteten, daß die Politik der chinesischen Führer den maoistischen Kräften in Westberlin schade. Es sei gelungen, sie aus allen Bündnissen gegen Berufsverbote zu entfernen.

Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß andere ultralinke Gruppierungen, wie der flexiblere KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands), einige der Leute auffangen, die sich von der offenen und militant promaoistischen „KPD“ abwenden. Auch sei zu beobachten, daß sich in verstärktem Maße sogenannte linke Spontanitätsgruppen bilden, um die man sich kümmern müsse.

Angesichts der erkennbaren Fortschritte in der Entwicklung der Partei sowie der ungelösten Probleme ergeben sich folgende vordringliche Schlußfolgerungen:

1. In der gegenwärtigen Situation ist die Verbesserung der Arbeit des Büros des Parteivorstandes ein entscheidendes Kettenglied. Dabei kommt es vor allem darauf an,
 - planmäßiger und zielstrebig die Arbeit nach Schwerpunkten zu leiten. Es ist für die Entwicklung der Partei ungünstig und stärkt auch nicht die Autorität der Führung, wenn es bis Ende 1975 noch kein Konzept oder gar Plan für die Arbeit im Jahre 1976 gab; bis zum Jahreswechsel fand keine Beratung des Büros des PV statt, in der im Lichte der Erfahrungen von 1975 die Hauptaufgaben für 1976 besprochen worden wären.
 - konkreter die Kreisvorstände anzuleiten, systematischer die positiven Erfahrungen verbesserter Massennarbeit zu analysieren und zu verallgemeinern usw. Der anberaumte zentrale Erfahrungsaustausch mit Betriebszeitungsredakteuren sowie die für das Frühjahr 1976 vorgesehene Konferenz zu Fragen der Massenagitation dürfen keine Einzelfälle bleiben.
 - die Mängel auf dem Gebiet der Organisationspolitik möglichst schnell zu bereinigen, die sich in der Tätigkeit des Büros des Parteivorstandes gezeigt haben.
 - dafür Sorge zu tragen, daß das Büro des Parteivorstandes gründlicher über die Lage in der Partei informiert ist,
 - beweglichere Formen der Heranziehung von geeigneten Kadern zur Mitarbeit an Aufgaben des Parteivorstandes anzuwenden, um die Entwicklung von Nachwuchskadern für Leitungsfunktionen zu gewährleisten.
 - die Verantwortungsbereiche der Mitglieder des Büros des Parteivorstandes zu überprüfen und genauer zu bestimmen; insbesondere gilt es, die Frage der Stellvertretung des Vorsitzenden der Partei so zu klären, daß im Falle seiner Abwesenheit nicht erneut ernste Führungsmängel auftreten und diese Angelegenheit langfristig gelöst ist. Der Vorsitzende der SEW und die Mitglieder des Büros des Parteivorstandes sollten durch Begegnungen mit Arbeitern,

Jugendlichen, Kulturschaffenden usw. stärker in der Öffentlichkeit Westberlins in Erscheinung treten. Schritt um Schritt muß zielstrebig die derzeitige Labilität im Büro des PV überwunden werden.

2. Mit Genossen Gerhard Danelius ist vereinbart, daß zu Beginn des Jahres 1976 die Verwirklichung der Beschlüsse vom März 1975 gemeinsam eingeschätzt wird. Es müssen Schlußfolgerungen aus der Tatsache gezogen werden, daß es auf einigen Gebieten, die im März genannt wurden, zu keinen spürbaren Fortschritten gekommen ist, daß seit einigen Monaten die Mitgliederzahlen absinken, daß die Teilnahme an der Marxistischen Abendschule im Vergleich zum Jahr zuvor beträchtlich zurückgegangen ist u.a.
3. Es sollte bei dem bereits im Frühjahr 1975 gefaßten Entschluß bleiben,
 - die Fragen der Arbeit und künftigen Entwicklung der Zeitung „Die Wahrheit“ gemeinsam zu diskutieren, wobei die verantwortlichen Genossen der Redaktion Vorschläge ausarbeiten sollten.
 - die Probleme der Jugendpolitik der SEW und die Entwicklung der FDJW zu besprechen und sich evtl. auf einer Tagung des Parteivorstandes mit den Fragen der Jugendpolitik zu befassen.